

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin 1996 geboren. Ich gehöre also jener Generation an, die sich nach ihrer Schulzeit keine Gedanken über die Wehrpflicht machen musste. Jener Generation, die in den beiden Jahrzehnten aufgewachsen ist, in denen der deutsche Imperialismus seine Interessen bevorzugt mit Diplomatie statt mit Krieg durchzusetzen versuchte. Und auch dort wo die Diplomatie an ihr Grenzen kam sahen die damaligen Regierungen keine Notwendigkeit für eine Wehrpflicht. Heute hat sich der Wind gedreht. Ich bin inzwischen 30 und beende bald meine zweite Ausbildung in einem Betrieb, der zu einem nicht unwesentlichen Teil die Rüstungsindustrie Deutschlands und anderer NATO-Staaten beliefert. Meine Azubi-Kollegen im Betrieb und in der Berufsschule sind größtenteils junge Männer, die jetzt von der Musterung betroffen sind. Ein wichtiger Teil ihrer Jugend fiel der Pandemie und dem Lockdown zum Opfer. Nun sind sie mit neuen düsteren Aussichten konfrontiert.

Auf der einen Seite steht Deindustrialisierung, ein stagnierendes Lohnniveau und extreme soziale Kürzungen zugunsten der Aufrüstung. Nicht wenige sehen in dieser Lage eine Perspektive in der Umstellung auf Rüstungsproduktion. Doch das ist ein Trugschluss. Kurzfristig mag das volle Auftragsbücher und Sonderschichten bringen. Doch kein Staat der Erde gibt Milliarde um Milliarde für Waffen aus, die er nicht vorhat zu benutzen. In diesem Krieg werden auch die Kinder der Kolleginnen und Kollegen sterben, die jetzt noch froh über ihren Job in der Rüstungsindustrie sind. Nein, das ist nicht die Lösung für die Deindustrialisierung. Damit schaufeln wir uns nur unser eigenes Grab.

Auf der anderen Seite lauert die Bundeswehr mit ihrer Wehrpflicht und der Aussicht auf einen grausamen, viel zu frühen Tod in den Schützengräben des nächsten großen Kriegs. Meine jungen Kolleginnen und Kollegen sind nicht dumm. Sie spüren, dass die kommenden imperialistischen Kriege nicht in ihrem Interesse geführt werden. Der Meinung ist selbst einer meiner nicht mehr ganz so jungen Mitschüler, der selbst in Afghanistan gekämpft hat.

Als Gewerkschafter müssen wir immer solidarisch an der Seite der Arbeiterklasse eines Landes stehen. Wir dürfen uns aus einem falsch verstandenem Antiimperialismus nicht auf die Seite reaktionärer Regime schlagen, die die Arbeiterbewegung im eigenen Land unterdrücken, wie es im Iran seit Jahrzehnten geschieht. Genauso wenig dürfen wir uns aber mit imperialistischen Machtblöcken, wie der NATO gemein machen, die im Iran keinesfalls im Interesse der iranischen Werktätigen handelt, sondern nur ein antiamerikanisches, gegen ein proamerikanisches Regime austauschen möchten. Es ist bereits in Venezuela geschehen und es wird ohne Zweifel wieder geschehen. Diese offen gegen das Völkerrecht verstoßenden Regime-Changes dienen einzig einer besseren strategischen Stellung der NATO in einem zukünftigen militärischen Konflikt mit China.

Mögen Deutschland und die EU beim imperialistischen Abenteuer im Iran etwas zurückhaltender sein, sind sie in der Ukraine leider umso vehementer dabei. In der Ukraine werden weder *westliche Werte*, noch ein *europäischer Frieden* verteidigt. Es geht um die wirtschaftliche und militärische Dominanz in Osteuropa. Und ganz nebenbei können deutsche und russische Rüstungskonzerne ihre Waffensysteme in der Praxis erproben. Das ukrainische Volk hat von alledem freilich nichts. Weite Landstriche und zahllose Städte sind zerstört. Hunderttausende, überwiegend junge Menschen, wurden getötet oder verstümmelt. Millionen sind geflohen. Die Ukraine ist im Westen hoch verschuldet und wird auf Generationen ihre Rohstoffe und ihre landwirtschaftlichen Ressourcen an den vermeintlichen *Werte-Westen* von EU und USA verramschen müssen. Vom Krieg in der Ukraine profitieren weder die ukrainischen, noch die russischen Werktätigen. Sehr wohl aber die ukrainischen und die russischen Kapitalisten. Das war nicht immer so. Zwischen 1922 und 1991 lebten Ukrainer und Russen in der Sowjetunion friedlich zusammen.

Und auch ein sozialistisches Europa wäre ein Friedensprojekt. Denn die im Sozialismus herrschende Arbeiterklasse hat kein Interesse, ihre Klassengeschwister in anderen Ländern zu unterwerfen und auszubeuten. Die aktuell herrschende Kapitalistenklasse hat das sehr wohl. Die heutige EU ist weder ganz Europa noch sozialistisch. Sie ist zuallererst eine Wirtschaftsunion, die sich seit der Zeitenwende von 1990 anschickt, auch eine politische und militärische Weltmacht zu werden.

Die richtigen Instinkte der Jugend müssen wir als Gewerkschaften aufgreifen. Denn sonst übernehmen das reaktionäre Kräfte wie die AfD, die mit der billigen Lüge, sie sei eine Friedenspartei besonders in Ostdeutschland, aber auch bundesweit, gerade bei jungen Menschen mit Erfolg auf Stimmenfang geht. Wir müssen die Arbeiterjugend wieder mit den richtigen Begriffen und dem Wissen über ihre ökonomische und politische Situation bewaffnen. Der Marxismus kann ein scharfes Schwert in den Händen der Jugend sein. Dazu muss sie ihn aber kennen und beherrschen. Dafür reichen nicht ein paar mäßig besuchte Seminare. Wir müssen dieses Wissen täglich in die Betrieb tragen. In den betrieblichen Gremien müssen wir regelmäßig auch über kontroverse politische Themen diskutieren. Bildungsurlaub und entsprechende Angebote müssen wir aktiv an die Jugend in den Betrieben herantragen.

Als Gewerkschaften müssen wir klar dazu Stellung beziehen, dass die Rüstungsindustrie in eine Sackgasse führt. Ich erwarte von allen Gewerkschaften sich ganz klar gegen Krieg und für Frieden zwischen den Völkern einzusetzen. Der Grundstein für unsere deutschen Einheitsgewerkschaften wurde im Schwur von Buchenwald gelegt. Sozialdemokraten und Kommunisten waren sich durch ihre gemeinsame Erfahrung in den Konzentrationslagern darüber bewusst geworden, dass die politischen Widersprüche im Angesicht von Faschismus und Krieg in den Hintergrund treten müssen. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Es liegt in unserer Hand: Frieden zwischen den Völkern oder sterben in den Kriegen der Reichen.